

Salzburgs FPÖ fordert Öffnung der Sportanlagen

In der Ausschuss-Sitzung des Salzburger Landtages waren sich alle einig, die Sportanlagen zu öffnen, um der Bevölkerung Bewegung an der frischen Luft zu ermöglichen. „Nur dann verließ sie der Mut, als wir das per Antrag einforderten“, kritisiert FPÖ-Landeschefin Marlene Svazek.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Kurz' nächster Schritt hin zum Willkürstaat!

FPÖ warnt vor Aussetzen der Grundrechte durch neues Covid-Maßnahmenpaket S. 2/3



Friedlicher Protest endet mit nächstem „Sturm-Märchen“

FPÖ entlarvt Nehammers brandgefährliche Eskalations-Strategie – S. 4/5

PARLAMENT

Kurz verliert die Nerven

Eigentlich stand die Situation der Frauen in Österreich im Nationalrat zur Debatte. Aber Bundeskanzler Sebastian Kurz verlor sich in diffusen Anschuldigungen gegen die FPÖ und die Samstags-Demonstranten. Ein Skandal für FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz. S. 6

AUSSENPOLITIK

Orbán verlässt die EVP

Mit dem Austritt der ungarischen Fidesz verliert die Europäische Volkspartei im Europaparlament die letzte konservative Partei alter Schule. Mitverantwortlich für die Entscheidung Orbáns war eine neue Geschäftsordnung, die Othmar Karas vorangetrieben hat. S. 8/9

WIEN

Untätig in der Krise

Ernüchternd fiel die „100-Tage-Bilanz“ der Freiheitlichen für die neue rosa-rote Stadtregierung aus. „Die SPÖ kämpft mit ständig aufplatzenden Skandalen, und die Neos werfen ein Wahlversprechen nach dem anderen über Bord“, kritisiert Dominik Nepp. S. 11

MEDIEN

Zweierlei Maß

Vor einem Jahr schoss sich die Journalille auf das als Fabel gedachte „Rattengedicht“ ein. Jetzt zogen Journalisten direkte Vergleiche zwischen den Corona-Demonstranten und Ratten – ohne jeglichen Protest der „Guten“ und ohne Konsequenzen. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Wer ist die „Zivilgesellschaft“? Die Frage stellt man sich unwillkürlich nach den Aufschreien zu den Demonstrationen gegen die Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte.

Wer die Twitter-Blase am Samstag verfolgte, kommt zum Schluss, dass Links-Grün darin einen Angriff auf ihr Monopol sieht, in der Auslegung, wer die Zivilgesellschaft ist, als auch zu den Grund- und Freiheitsrechten selbst.

Begriffspervertierung

Der Blase zufolge war diesmal wieder nur „der Mob“ aus Nazis, Rechtsextremen, Antisemiten, Hooligans, diversen Verschwörungstheoretikern und „Corona-Leugnern“ unterwegs, um unter Anleitung der FPÖ zu putzen. Denn diese Randgruppen sind auf die eigenen Grund- und Freiheitsrechte fixiert.

Die „echte Zivilgesellschaft“ geht aus edleren Motiven auf die Straße: Zur Verteidigung dieser Rechte für andere, also für illegal Aufhältige oder Vergewaltiger und Straftäter, denen die Abschiebung droht.

Nichts dokumentiert die Schizophrenie der Szene besser als das Entsetzen einer „Rechtsextremismus-Expertin“: „Aber wir müssen über das Grundproblem reden: Rechtsextremismus in Zeiten der Pandemie.“

Nicht der permanente Angriff der Regierung auf unsere Grundrechte – argumentativ unterlegt mit der Pervertierung der Begriffe Quarantäne und Pandemie – ist das Problem, sondern dass Menschen zu deren Verteidigung auf die Straße gehen.

Wer also an sich, seine Familie und seine Nachbarn denkt, ist ein „Nazi“. Wer die Welt retten will, ist Teil der „Zivilgesellschaft“.

Kurz baut den autoritären

Koalition will mit ihrem nächstem Covid-19-Maßnahmenpaket jeglichen

Eine unerlaubte Zusammenrottung einer Menschenmenge soll, so der Gesetzeswille der schwarz-grünen Koalition, bereits bei vier Personen aus zwei Haushalten bestehen. „Damit treiben Kurz & Co. den Ausbau ihres Willkürstaats unter dem Deckmantel der ‚Corona-Krise‘ auf die Spitze“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

Nicht die Bürger, nicht die Demonstranten und auch nicht er, Kickl, hätten am vergangenen Samstag eine rote Linie überschritten, sondern das sei einzig die Bundesregierung gewesen, betonte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl: „Um es in den Worten des Bundeskanzlers zu sagen: Ich finde das widerlich.“

Generalangriff auf Grundrechte

Aber diese Widerlichkeiten der Koalition, gegen die am vergangenen Samstag friedlich demonstriert worden sei, fänden kein Ende. Die schwarz-grüne Bundesregierung setze mit der nächsten Novelle zum Covid-19-Maßnahmengesetz und zum Epidemiegesetz einen weiteren demokratie- und rechtspolitischen Skandal in die Welt. Sebastian Kurz treibe damit den Willkürstaat der „neuen Normalität“ auf die Spitze, kritisierte der FPÖ-Klubobmann.

„Die Regierung streicht jetzt einfach die Wortfolge ‚Zusammenströmen größerer Menschenmenge‘ und schaffe sich mit der Definition ‚Als Veranstaltung gelten Zusammenkünfte von zumindest vier Personen aus zumindest zwei Haushalten‘ einen skandalösen Freibrief zu einem Generalangriff auf die Grund- und Freiheitsrechte der österreichischen Bevölkerung“, zeig-

te Kickl die Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen darastisch auf.

Mit dieser Novelle können nicht nur Geburtstagsfeiern im kleinsten Kreis von fünf Menschen untersagt und unter Strafe gestellt werden, es können auch jederzeit Ausgangsbeschränkungen nach Lust und Laune der Regierung verhängt werden, warnte der FPÖ-Klubobmann.

Durch die weiteren Verschärfungen im §5 Covid-19-Maßnahmengesetz werde es möglich, Ausgangsbeschränkungen auch dann zu verhängen, wenn die Kontaktnachverfolgung nicht funktioniere. Und das sogar dann, wenn die anderen Möglichkeiten (Betriebsbeschränkungen usw.) noch nicht ausgeschöpft seien.

Entsetzen bei Rechtswanwälen

Unter den rekordverdächtigen 26.000 Einwendungen gegen diese Gesetzesmaßnahme ist auch die der Rechtsanwaltskammer. Für sie sei das mit der österreichischen Verfassung hinsichtlich der Grundrechte nicht zu vereinbaren.

Denn würde der Gesetzesentwurf schließlich so verordnet werden, so wären das massive Einschnitte in das Recht auf Privat- und Familienleben sowie eine drastische Beschneidung des Rechts auf Re-



Herbert Kickl – hier mit FPÖ-Sicherheits- und grünen Koalition, die mit neuen Covid-

ligionsausübung oder des Demonstrationsrechts.

Die Krone aufgesetzt werde diesem Eingriff in die Verfassungsrechte durch die Ermächtigung für den Gesundheitsminister, solche Verordnungen zeitlich unbegrenzt in Kraft zu setzen. „Wenn man schon so etwas macht, muss man schon eine zeitliche Befristung, eine sogenannte ‚Sunset-Klausel‘, einführen“, mahnte Bernhard Fink, Vizepräsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages.

Für Kickl ist der Gesetzesentwurf ein skandalöser Freibrief, mit dem



SPITZE FEDER Bastis Traum: Einmal Kanzler, immer Kanzler.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Willkürstaat aus!

Protest der Bürger im Keim ersticken



Umweltsprecher Hannes Amesbauer – kritisiert die Machtgelüste der schwarz-Grünen, die Grund- und Freiheitsrechte de facto außer Kraft setzen will.

Schwarz-Grün noch tiefer ins Privatleben der Österreicher eingreifen und die Bürger nach Lust und Laune kriminalisieren kann: „Das wäre das Ende Österreichs als demokratisch verfasster Rechtsstaat. Jeder Abgeordnete, der diesem totalitären Machwerk zustimmt, braucht den Begriff ‚Grund- und Freiheitsrechte‘ überhaupt nicht mehr in den Mund zu nehmen!“

Kickl sieht wachsenden Protest

Dass damit der Protest der Zivilgesellschaft wachsen und die Demonstrationen zunehmen werden,

sei die logische Konsequenz, warnte Kickl. Um aber ähnliche Eskalationsszenarien, wie sie am vergangenen Samstag auftraten, in Zukunft zu verhindern, schlug er einen „runden Tisch“ vor: „Ich appelliere an die vernünftigen Kräfte im Innenministerium und an den Wiener Polizeipräsidenten: Setzen wir uns zusammen mit den Vertretern der Zivilgesellschaft, erarbeiten wir eine Strategie, mit der das Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit gewährt bleibt und es zu keiner weiteren Eskalation mehr kommt.“

KURZ UND BÜNDIG



Klares Bekenntnis gefordert

SPÖ, Grüne und Neos ignorieren die Unterschriften von 100.000 Österreichern gegen den EURATOM-Vertrag und die Förderung der Atomkraft eiskalt, kritisierte FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild). Dies zeige sich in deren „Wischiwaschi“-Antrag im Unterausschuss, wonach der Vertrag auf der „EU-Zukunftskonferenz“ behandelt und überarbeitet werden soll. „Für eine derartige Farce gibt es von uns keine Unterstützung. Wir fordern ein klares Bekenntnis gegen die Atomkraft“, stellt Rauch klar.

Chinesische Methode

Sebastian Kurz wolle die Menschen in Geimpfte und Nicht-Geimpfte, in Brave und Nicht-Brave, in Gehorsame und Nicht-Gehorsame einteilen, warf FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst (Bild) dem Bundeskanzler vor: „Wenn sich jemand nicht impfen lassen will, hat dies verschiedenste und oft auch private Gründe, die privat bleiben sollten. Wer geglaubt hat, dass das chinesische System des erzwungenen bürgerlichen Wohlverhaltens in Europa nicht anwendbar ist, der wird jetzt eines besseren belehrt!“



Koalition weiter ohne Plan

„Das war am Dienstag wieder nur eine weitere inhaltslose ÖVP-Plauderei am Vormittag von Finanzminister Blümel und Arbeitsminister Kocher. Wer sich nach einem Jahr Corona-Krise konkrete Wirtschaftshilfen erwartete, wurde wieder bitter enttäuscht“, machte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild) seinem Ärger Luft. ÖVP und Grüne hätten mit ihren Lockdowns Österreich in eine noch nie dagewesene Wirtschaftskrise geführt. Obwohl die Arbeitslosigkeit explodiert und eine große Insolvenzswelle droht, haben die beiden noch immer keinen Plan, das Land aus dieser Krise herauszuführen.

SPRUCH DER WOCHE



„Das taktische Ziel war es, eine nach der Kundgebung auf der Jesuitenwiese aufgeheizte Menschenmenge am Marsch in die Innere Stadt zu hindern.“

Karl Nehammer,
Verwirrungsmister
8. März 2021

Wieso, Herr Innenminister, wurden dann alle Brücken über den Donaukanal gesperrt, über die die Menschenmenge die Innere Stadt hätte verlassen können?



BILD DER WOCHE Die „neue Normalität“ produziert auch neuen Corona-Müll – gefördert von der ÖVP und diesen „Grünen“.

„Ich geniere mich erstmalig bis ins Mark dafür, ein Polizist zu sein.“

Vor Wochen der „Sturm aufs Parlament“, letzten Samstag der „Sturm einer Tiefgarage“. Die Ausflüchte des Innenministers für eine Verschärfung des Vorgehens gegen die „Corona-Demonstranten“ stossen bei den Polizeibeamten auf immer mehr Unverständnis, zumal es eine Abkehr von allen bisherigen Strategien bedeutet. Hier Auszüge aus E-Mails von Polizeibeamten nach der „Samstags-Demonstration“.

Zur Eskalations-Strategie von ÖVP-Innenminister Nehammer:

„Nachdem die erste Demo Mitte Jänner noch wie gewohnt abgelaufen war, hörte man plötzlich, dass das BMI toben würde. Es hätte viel zu wenig Anzeigen gegeben und man hätte viel konsequenter gegen Corona-Sünder einschreiten müssen. Es waren zwar mehrfach Weisungen gekommen, in Gruppenstärke durch die Menschenmenge zu gehen und alle anzuzeigen, die sich nicht an die Maskenpflicht und die Abstandsregeln halten würden.“

„Nach dem Einsatz musste eine Kompanie geschlossen antreten und bekam vom Offizier brüllend eine Predigt, als würde es sich um eine Volksschulklasse von 1938 handeln. Sowas hatte noch nie jemand von uns zuvor erlebt. Sie hätten zu wenig Anzeigen produziert und das wäre eigentlich eine glatte Weigerung, eine Weisung zu befolgen.“

„Dieses Produzieren von Anzeigen wurde ab diesem Zeitpunkt gängige Praxis. Selbst wenn die Personen Atteste vorwiesen, war darauf keine Rücksicht zu nehmen. ‚Sie würden diese im Rahmen des Rechtsmittelweges zur Geltung bringen können‘, hieß es von den Vorgesetzten. Ebenfalls eine Farce, die ihresgleichen sucht, schließlich würde niemand einen Bürger wegen einer Verwaltungsübertretung anzeigen, wenn dieser schon bei Wahrnehmung einen Rechtfertigungsgrund geltend macht.“

„Seit diesem Jahr erhöht sich monatlich der Druck von oben, die gewünschte Gangart gegenüber den Demonstranten zu erhöhen. Mittlerweile muss ich eingestehen, dass ich mich erstmalig in meinem Leben bis ins Mark dafür geniere, ein Polizist zu sein. Und so geht es vielen Kollegen. Bezeichnend dafür ist, wenn Offiziere – und ich meine mehrere – vor der Mannschaft bedrückt feststellen, dass sie sich nun vorstellen können, wie es in den 30er-Jahren gewesen sein muss.“

Speziell zur Samstags-Demonstration:

„Für alle eingesetzten Kollegen galt für den gesamten Tag folgender Befehl: Nichts abmahnen, keine Organmandate – ALLES wird angezeigt.“

„Noch vor dem Start der Kundgebung am Heldenplatz wurden rigoros Personen angezeigt, die den Zwei-Meter-Abstand nicht einhielten. Darunter waren Großteils Familien bzw. Pärchen, die Ausflüge machten und gar nichts mit der Demo zu tun hatten.“

„Man hatte das Gefühl, dass eine Eskalation seitens der Einsatzleitung geplant oder zumindest gewünscht war. Etliche Maßnahmen, die an diesem Tag gesetzt wurden, dienten lediglich dazu, gewisse Bilder zu generieren und eine Eskalation zu provozieren – was schlussendlich auch gelang.“



**Thema
der
Woche**

Der Marsch der „Rechtsradikalen und“

Das nächste

Anhand von Augenzeugen

Bei Bundeskanzler Sebastian Kurz liegen wegen des wachsenden Protests gegen seine „Corona-Maßnahmen“ die Nerven blank. Zur Diffamierung der für ihre Rechte protestierenden Menschen setzt ÖVP-Innenminister Karl Nehammer auf Strategien autoritärer Regime – wie Polizisten, die vergangenen Samstag Dienst versahen, und Demo-Teilnehmer der FPÖ berichteten.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz zogen FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und Sicherheits-sprecher Hannes Amesbauer Bilanz über die „Eskalationsstrategie“ der Bundesregierung in Sachen „Corona-Maßnahmen“.

„Nach dem ungemein friedlichen und sehr erfolgreichen Protesttag am Samstag gegen die Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung war es natürlich für die Regierung wieder notwendig, den Schmutzkübel über die Teilnehmer auszuschütten“, lautete das Resümee des FPÖ-Klubobmanns.

Denn schon im Vorfeld habe das Innenministerium die großen Kundgebungen untersagt, weil daran „Regierungskritiker“ teilneh-



d Verschwörungsgläubigen ohne Masken“ (Zitat ÖVP-Innenminister Karl Nehammer) vom Heldenplatz auf die Jesuitenwiese im Prater.

ste „Sturm-Märchen“ aus dem BMI

berichten und -videos gelang es der FPÖ, auch dieses „Schauermärchen“ Nehammers zu entlarven

men würden, zeigte Kickl auf: „So weit sind wir unter Bundeskanzler Sebastian Kurz schon gekommen, dass Regierungskritik per se verboten wird!“

Der „Sturm“ aus der Kesselfalle

Was den vielzitierten „Sturm auf ein Versicherungsgebäude“ betrifft, so habe die FPÖ den Journalisten, die ja anscheinend auf eigene Recherchen verzichten und dem Zwölf-Sekunden-Videoschnipsel des Innenministeriums Glauben schenken würden, die Recherchearbeit abgenommen – mit Hilfe unzähliger empörter Demonstrationsteilnehmer und Polizeibeamter.

Schon am Heldenplatz wurde die vom Ministerium angeordnete Strategie erkennbar: Eskalation. Der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf wurde sofort von sechs Polizisten gestellt, als er abseits der Kundgebung die FFP2-Maske abgenommen hatte, um sich eine Zigarette anzuzünden.

Eine 65-jährige Spaziergängerin wurde am Ring festgenommen und in Handschellen abgeführt, weil die 1,58 Meter große Pensionistin einen Polizisten „angerempelt“ haben soll. „Wir sind nicht alle so“, habe ihr ein Polizist zugeflüstert, als sie

eine Stunde später nach Inhaftierung und Verhör „entlassen“ wurde. Fotos der Blutergüsse von den Handschellen übermittelte sie dem FPÖ-Klub.

Es meldeten sich auch Polizeibeamte – siehe linke Spalte – die ihrem Unmut über die angeordnete Vorgehensweise Luft machen mussten, weil sie sich dafür ganz einfach schämten.

Und der „Sturm auf das Versicherungsgebäude“: Die nach Kundgebungs-Ende abströmenden Menschen wurden von der Polizei gezielt in einen Kessel in der Oberen Augartenstraße gelotst. Durch das geöffnete Tor zu Innenhof und Parkgarage eines Versicherungsgebäudes glaubten einige der ortsunkundigen Teilnehmer, aus dem Kessel entkommen zu können – doch das erwies sich als Sackgasse, in die dann die Polizei nachstürmte, wobei ein Demonstrant von der Polizei verletzt wurde.

Zur Verletzung des Sicherheitsmannes dort konnte Kickl keine Auskunft geben: „Wir erhoffen uns Klarheit von weiteren Augenzeugenberichten. Denn auch wir sind an einer objektiven Aufklärung der Angelegenheit interessiert. Wir lehnen jedwede Gewalt ab.“

Nach dem mutigen und durchwegs friedlichen Protest zehntausender Menschen gegen die Corona-Maßnahmen am Samstag verbreitet der Innenminister wieder „Fake News“ und versucht, mit Hilfe der regierungsfinanzierten Medien die Teilnehmer zu kriminalisieren. Wir werden ihm das nicht durchgehen lassen.

Wir werden detailliert aufzeigen, wie die Polizei auf Geheiß des Innenministeriums agieren musste, wie unzählige Menschen auf dem Heimweg von der FPÖ-Kundgebung im Prater bewusst in einen Polizeikessel getrieben wurden, um noch Anzeigen schreiben zu können und ihnen jetzt einen „Sturm auf ein Versicherungsgebäude“ unterzuschieben, den es so nie gegeben hat.

Daher bitten wir Augenzeugen der Geschehnisse, vor allem des Polizeikessels bei der Wiener Städtischen Versicherung, uns ihre Videos, Fotos oder auch Augenzeugenberichte zu schicken. Bitte meldet Euch mit Euren Wahrnehmungen per Mail bei team.kickl@fpk.at – Wir sichern Euch natürlich Anonymität zu.


DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



Wir suchen Augenzeugen!

Hast Du am Protest-Samstag etwas gesehen,
was für uns interessant sein könnte?

Melde Dich unter: team.kickl@fpk.at

Wir sichern Dir natürlich Anonymität zu!



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Anlässlich des Weltfrauentages verlangten wir gemeinsam mit SPÖ und Neos eine Sondersitzung des Nationalrates. Das ist für die FPÖ keine Selbstverständlichkeit, zumal der Frauentag als Initiative sozialistischer Organisationen entstand. Der maßgeblichen Initiatorin, der Sozialistin Clara Zetkin, ging es aber mit Gewissheit nicht bloß um die Beseitigung offenkundiger Diskriminierungen, sondern vor allem um die Beseitigung des traditionellen Familienbildes, das der Linken seit jeher ein Dorn im Auge ist.

Frauentag im Parlament

Wie auch immer. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise und des erbärmlichen Managements der Regierung spricht nichts dagegen, die Geschichte Geschichte sein zu lassen und sich auf die Bewältigung der realen Probleme der Österreicherinnen zu konzentrieren. Wenn es die Regierung nicht tut, muss es die Opposition zumindest versuchen.

Im Zentrum unserer Initiativen steht daher nicht irgendeine dubiose Gender-Ideologie, sondern die Frage, wie man den Alltag der Frauen, insbesondere der Mütter, verbessern kann. Die Regierung tut beim Verhängen ihrer „Lockdowns“ so, als hätte jede Mutter ein Au-pair-Mädchen daheim.

Kleine Probleme wie jene mit Computern und Druckern, um die Hausübung zu erledigen, dominieren ebenso den tristen Alltag wie die zunehmenden Depressionen von Kindern und Jugendlichen. Schuld daran sind die völlig überzogenen Maßnahmen der Regierung, die scheinbar ins Endlose verlängert werden sollen. Die FPÖ wird alles tun, um das nicht stattfinden zu lassen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

U-Ausschuss zu Hygiene-Austria?

FPÖ, SPÖ und Neos sehen in der Causa um die FFP2-Maskenproduktion der „Hygiene Austria“ nur die „Spitze des Eisberges“ zweifelhafter Beschaffungen der Bundesregierung während der Corona-Pandemie. Daher wollen sie diesen Vorgängen im sogenannten „kleinen Untersuchungsausschuss“ auf den Zahn fühlen. Sollte das nicht reichen, schloss FPÖ-Fraktionsführer Wolfgang Zanger (Bild) auch einen parlamentarischen U-Ausschuss nicht aus.



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Lehrlings-Kurzarbeit

Entsprechend dem Ende der „Covid-Kurzarbeitsphase 4“ soll die Möglichkeit der Kurzarbeit für Lehrlinge laut einem Antrag von ÖVP und Grünen bis zum 30. Juni verlängert werden. Dem Antrag zufolge würden bis zu fünf Prozent der betrieblich ausgebildeten Lehrlinge dies in Anspruch nehmen können.

Risse im Nervenkostüm des „Lockdown-Kanzlers“

FPÖ weist Kurz' Verleumdung der Regierungskritiker zurück

Die wachsende Kritik an den Corona-Maßnahmen nagt an den Nerven des Bundeskanzlers. Am Montag bezeichnete er die Demonstranten als gewaltbereit und Antisemiten.

Der FPÖ-Abgeordnete und Teilnehmer der Samstags-Demonstration, Axel Kassberger, kritisierte die Aussagen des Bundeskanzlers als nicht angebracht: „Sie haben weder etwas mit dem Thema des Tages zu tun, noch treffen sie auf das Verhalten der Teilnehmer an den Kundgebungen zu.“

Kurz spaltet die Gesellschaft

Angesichts der zehntausenden Bürger, die gegen seine menschenverachtende Politik auf die Straße gehen, liegen die Nerven des „Lock-



Schnedlitz warf Kurz vor, die Gesellschaft spalten zu wollen.

down-Kanzlers“ bereits ziemlich blank, bemerkte dazu FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz: „Sebastian Kurz reagiert wie ein trotziges Kind, dem man sein Spielzeug

wegnimmt. Wild um sich schlagend, versucht er jetzt, all jene zu diskreditieren, die nicht seiner Meinung sind und treibt so den Spaltkeil tiefer in die Gesellschaft!“

Beschämende Realitätsflucht der ÖVP

„Die Frauen in Österreich leisten jeden Tag in der von Schwarz-Grün verursachten ‚Corona-Krise‘ Großartiges. Österreich kann auf seine



Frauen sehr stolz sein. Im Gegensatz dazu war die heutige Wortmeldung von ÖVP-Kanzler Kurz zur Frauenpolitik zum Fremdschämen“, empörte sich FPÖ-Frauensprecherin Rosa Ecker (Bild) Montag in der Sondersitzung zum „Weltfrauentag“.

Vollkommen abgehoben von der tristen Realität hätten die ÖVP-Frauenministerin ihre fehlende Frauenförderung und der Kanzler das Rekordbudgetdefizit gelobt, kritisierte Ecker: „Wissen die beiden ÖVP-Regierungsmitglieder nicht, dass es derzeit eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit unter Frauen gibt? Alleine aufgrund der

Schließung von Gastronomie und Hotellerie sind derzeit 40.000 Frauen ohne Beschäftigung.“

Aber statt sich für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes einzusetzen und für ausreichende Frauenpensionen sowie für den gewohnten Schulbetrieb zu sorgen, lassen die ÖVP-Ministerin und der Bundeskanzler die Frauen mit ihren Sorgen und Problemen nicht nur alleine. Sie halsen ihnen sogar noch mehr auf, mit denen diese dann klarkommen müssten, kritisierte die FPÖ-Frauensprecherin und forderte: „Geben Sie Österreichs Frauen wieder Mut, Hoffnung und Zuversicht!“

Türkise Skandale bringen Fass zum Überlaufen

FPÖ fordert Neuwahlen nach Hausdurchsuchungen bei ÖVP-Politikern und „Hygiene Austria“

Was derzeit bei der ÖVP abläuft, lässt „Ibiza“ verblassen: Eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister und beim ehemaligen ÖVP-Justizminister, eine Suspendierung des mächtigsten ÖVP-Manes im Justizressort und zuletzt die Hausdurchsuchungen beim ÖVP-Corona-Vorzeigebetrieb „Hygiene Austria“.

Fast schon jeden Tag geraten derzeit aktive oder ehemalige ÖVP-Politiker, ÖVP-nahe Spitzenbeamte bzw. Unternehmen mit Beziehungen zum Kanzlerumfeld ins Visier der Justiz. Aber Bundeskanzler Sebastian Kurz findet kein Wort der Entschuldigung und aus der Hofburg keine Erklärung wie „so sind wir nicht“.

„Diese ganze Causa rund um ‚Hygiene Austria‘ scheint ein groß angelegter Betrug zu sein – auf dem Rücken der Steuerzahler und auf Kosten der Gesundheit der Menschen. Die Bundesregierung trägt eine Mitverantwortung, und es reicht jetzt: Diese Bundesregierung wird nicht nur ein Fall für die Justiz, sondern hoffentlich bald

auch ein Fall für den Wähler. Neuwahlen sind überfällig“, forderte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer Konsequenzen.

Türkise Selbstbedienung

„Man hat – auf gut Deutsch gesagt – billiges chinesisches Klumpert durch eine Umetikettierung zu Qualitätsprodukten ‚Made in Austria‘ gemacht“, erklärte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Er erinnerte, dass der Bundeskanzler eine Art Testimonial dieser Firma gewesen sei, die in engem Naheverhältnis zum „Team Sebastian Kurz“ stehe.

Wie diese türkise „Corona-Selbstbedienungsmentalität“ aussehe, habe auch der persönliche Krisenexperte des Bundeskanzlers,



Foto: WZ

Hofer: „Genug der türkisen Skandale, Neuwahlen sind überfällig!“

der Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes, Gerry Foitik, an den Tag gelegt: Gleich ab dem Beginn des ersten „Lockdown“ seien für dessen schwammig formulierte Beratungsleistungen enorme Summen bewegt worden, zeigte Kickl anhand einer Anfragbeantwortung des Gesundheitsministers auf: „Die Kostenschätzungen sind zunächst bei 200.000 Euro gelegen, dann ist man auf 300.000 gekommen, dann 500.000 und am Ende des Sommers waren es 600.000 Euro!“

Die Regierung habe Foitik 50 Prozent seiner Arbeitszeit abge-

kauft und dafür 10.000 Euro in den ersten drei Monaten gezahlt. „Wenn 50 Prozent der Arbeitsleistung 10.000 Euro bedeuten, dann ist es, glaube ich, kein Fehlschluss, dass man davon ausgeht, dass 100 Prozent der Arbeitsleistung 20.000 Euro bedeuten – und das für einen der Chefs einer Non-Profit-Organisation mit ihren vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern“, erklärte Kickl. Da fehle nicht viel zum Gehalt des Bundeskanzlers – und das beim Roten Kreuz, das von Spenden lebt. Ein bezeichnendes Sittenbild der „türkisen Normalität“!

Hofer fordert Impfstopp für AstraZeneca-Serum

Tragische Folgen hatte die Corona-Impfung für zwei Krankenschwestern des Landeskrankenhauses Zwettl. Zehn Tage nach einer Covid-19-Impfung ist eine Krankenschwester (49) an den Folgen schwerer Gerinnungsstörungen gestorben, ihre Kollegin (35) musste wegen einer Lungenembolie im Krankenhaus behandelt werden.

Ob ein Zusammenhang zwischen der Impfung mit AstraZeneca und den gesundheitlichen Problemen der beiden besteht, soll durch eine Obduktion bzw. eine Untersuchung geklärt werden. Bisher wurde die betroffene Charge des Impfstoffs, rund 6.000 Dosen, aus dem Verkehr gezogen, das AstraZeneca-Serum aber weiter verimpft.

„Das muss der Gesundheitsminister sofort stoppen, denn Berichte über massive Nebenwirkungen auf diesen Wirkstoff werden immer häufiger“, forderte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer. Ihm seien auch schwerwiegende Fälle aus seinem Bekanntenkreis zugegangen, die besorgniser-



Foto: EP

Stopp für AstraZeneca!

regend seien. Das Schweigen von Gesundheitsminister Rudolf Anschober zu den Vorfällen in Zwettl nannte Hofer „verantwortungslos, schäbig und peinlich“.

Aber das sei geradezu das Kennzeichen für die gesamte Linie des grünen Ministers in der „Corona-Krise“, erklärte der FPÖ-Bundesparteiobmann: „Der Gesundheitsminister war es, der die heimische Impfstrategie in erster Linie auf AstraZeneca aufgebaut hat. Jetzt, wo es mit diesem Impfstoff offensichtlich Probleme gibt, geht Anschober auf Tauchstation. Dieser Mann ist eine Schande und ein Verantwortungsflüchtling.“




FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Berlin heizt die Sekundärmigration an

Wir erleben, wie fahrlässige Asylpolitik in der EU Migration anheizt, statt sie zu begrenzen. So lassen sich Monat für Monat rund 1.000 Migranten in Deutschland nieder, die in Griechenland bereits als Flüchtlinge anerkannt wurden. In Deutschland stellen sie einen weiteren Asylantrag. Es geht dabei nicht mehr um Schutz vor Verfolgung, sondern die freie Wahl des Einwanderungslandes.

Berlin provoziert dies insofern, als es nach Griechenland keine Rückschiebungen mehr vor-

nimmt, selbst bei jenen, denen in Griechenland bereits Schutz zuerkannt wurde. Über ihre Zweitansprüche in Deutschland wird nicht entschieden, „weil die Antragsteller bereits über europäische Aufenthaltstitel und Schutzstatus verfügten“, so das deutsche Bundesflüchtlingsamt. Ergebnis: Sie können bleiben. 2020 wurden vier (!) Migranten nach Griechenland zurückgebracht.

Ein Gerichtsurteil Ende Jänner hat Rückschiebungen noch einmal erschwert. „Durch diese Gerichtsentscheidung ist ein erheblicher neuer Pull-Faktor entstanden“, warnt die deutsche Bundespolizei. Die Information dürfte sich „bei weiteren Flüchtlingen und Migranten in Griechenland“ verbreiten.

Die „Sekundärmigration“ nach Deutschland sei „in der Tendenz zunehmend“. Einmal mehr zeigt Deutschland so seine Unfähigkeit und Unwilligkeit, illegale Einwanderung und Sekundär-Migration zu bekämpfen.

Dänemark will Syrer in ihre Heimat zurückschicken

Kein österreichisches Medium hat über den jüngsten Coup in Sachen Asylpolitik der sozialdemokratisch geführten Regierung Dänemarks berichtet. Als erste in Europa hat die dänische Regierung angekündigt, anerkannte syrische Asylanten wieder zurück in ihre Heimat schicken zu wollen.

So hat Dänemark 94 Syrern die Aufenthaltserlaubnis entzogen und will sie zurück in ihre Heimat schicken. Der Minister für Ausländer und Integration, Mattias Tesfaye, – er hat einen äthiopischen Vater – sagte dem britischen „Telegraph“: „Wir haben den syrischen Flüchtlingen immer deutlich gesagt, dass ihre Aufenthaltserlaubnis zeitlich begrenzt ist. Wir müssen den Menschen Schutz gewähren, solange sie diesen brauchen. Aber wenn sich die Bedingungen im Heimatland verbessern, sollte ein ehemaliger Flüchtling nach Hause zurückkehren und sich dort ein Leben aufbauen.“

Die dänischen Sozialdemokraten wollen Syrer ohne Schutzstatus,

die nicht freiwillig ausreisen wollen, daher zu einem Leben in Ausreise- oder Abschiebezentren verpflichten.

2020 verzeichnete das Land die niedrigste Zahl an Asylbewerbern seit Beginn der Dokumentation im Jahr 1998. 1.547 Asylsuchende wurden im Laufe des vergangenen Jahres registriert, eine extrem niedrige Zahl, an der natürlich auch die vorgenommenen Grenzschließungen im Rahmen der „Corona-Maßnahmen“ einen Anteil hatten.



Dänemark schickt Syrer zurück.

Viktor Orbán verlässt Fidesz die Europäischen

Ungarns Premier kommt dem von Othmar Karas vor



Im Kreise Gleichgesinnter: Ungarns Premier Viktor Orbán (rechts) mit seinen Verbündeten, die ihre Länder machen und daher ständig Konflikte mit den Zentralisten im EU-

Mit einer neuen Geschäftsordnung wollte die Europäische Volkspartei (EVP) das „Problemkind“ Fidesz loswerden. Doch deren Parteichef, Ungarns Premier Viktor Orbán, ist dem zuvorgekommen und hat die Mitgliedschaft im konservativen Klub des Europaparlaments aufgekündigt.

Seit Jahren, genau genommen seit der von Angela Merkel ausgelösten Masseneinwanderung 2015, schwelt der Konflikt zwischen der konservativen Fidesz und der ins Linksliberale abdriftenden EVP.

Während sich nordische und Benelux-Parteien sowie deutsche und österreichische „Konservative“ lieber in einer großen Koalition mit den Sozialisten und Linken sehen, möchten andere europäische konservative Parteien ihr christlich-konservatives Erbe nicht aufgeben. Denn genau dort ist die Politik von Fidesz angesiedelt, rechts der Mitte, mit einem ganz klaren Leitbild: christlich, konservativ und patriotisch.

Konservativer alter Schule

Aber auch ganz klar europäisch, nur eben in der Art, wie ehemals Helmut Kohl, Wilfried Martens oder fast alle konservativen französischen Präsidenten. Denn Orbán ist der Meinung, dass die Voraussetzung für ein starkes Europa starke Nationalstaaten sind und die EU ein Konstrukt sein sollte, das von

den Mitgliedsstaaten aus gesteuert wird – und nicht umgekehrt. Daher auch sein energischer Widerstand gegen Merkels Vorhaben einer immer engeren Union, also mehr Macht für Brüssel.

Dass diese pro-europäischen Fanatiker dem europäischen Projekt damit einen Bärendienst erweisen, wollen sie selbst nach dem Aus-



Im Jahr 2015 hat Orbán mit der Chef der CDU, Angela Merkel, wegen deren Zu-

st mit seiner sche Volkspartei

orangetriebenen Ausschluss aus der EVP zuvor



n Kollegen aus dem Visegrad-Bund, die alle eine konservative Politik für europäischen Rat und im Europaparlament auszufechten haben.

tritt Großbritanniens nicht wahrhaben. Migrationskrise, „Brexit“, Covid-Pandemie, Wirtschaftskrise – all diese Probleme scheinen in den Augen von Donald Tusk, Manfred Weber und Othmar Karas unwichtig zu sein.

Karas war wichtiger Drahtzieher

Aber es gibt noch ein weiteres Prinzip, das die Ungarn aus der Zeit vor 1989 kennen: die Kollektivbestrafung. Der linksliberale Flügel der EVP möchte nämlich in Zukunft ganze Gruppen von Abgeordneten bestrafen können, also ganze

Länder-Delegationen ausschließen. Mit mehr als 80 Prozent der Stimmen wurde diese neue Geschäftsordnung in der EVP beschlossen. Unter den 28 Gegenstimmen waren auch die der ÖVP-Abgeordneten – mit Ausnahme der Stimme von EU-Parlaments-Vizepräsident Othmar Karas.

Besonders Karas hatte sich für eine Änderung der Geschäftsordnung eingesetzt: „Wir dürfen aus Haltungsgründen, aus Glaubwürdigkeitsgründen nicht vor einer derartigen Politik in die Knie gehen.“

Mit „derartig“ hatte er die Politik Viktor Orbáns gemeint, der immerhin zum dritten Mal in Folge bei Parlamentswahlen eine satte Zweidrittelmehrheit erzielen konnte. Seine Fidesz regiert alleine, ein unerfüllbarer Traum für alle anderen EVP-Mitgliedsparteien in deren Ländern.

FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky gratulierte Karas zu diesem „Meisterstück“: „Damit verliert die EVP ihr letztes Bollwerk, das sich entschieden gegen Massenmigration, Islamisierung und EU-Zentralismus gestellt hat. Ein Austritt aus der EU-hörigen EVP war längst überfällig. Mit diesem Schritt Orbáns werden die Karten auf europäischer Ebene neu gemischt.“



der deutschen Schwesterpartei
wanderungspolitik gebrochen.

KURZ UND BÜNDIG



Schweizer für Burkaverbot

Die Schweizer haben am vergangenen Sonntag in einer Volksabstimmung für ein Verbot des Tragens einer Burka und eines Nikabs im gesamten Land gestimmt. Die Gesetzesinitiative betrifft zwar jegliche Form der Gesichtsverhüllung und würde beispielsweise auch Demonstranten betreffen. Allerdings spricht der Verein, der diese Abstimmung hervorgebracht hat, explizit von einem Verhüllungsverbot in Bezug auf Burka und Nikab und hat seine Initiative auch dementisprechend beworben. Verbote, die diese Art der moslemischen Bekleidung betreffen, gibt es bereits in Frankreich, den Niederlanden und in Österreich, dank der FPÖ.

Corona dämpft Euphorie

Die Österreicher stellen der Europäischen Gemeinschaft bei der Bewältigung der Corona-Krise ein schlechtes Zeugnis aus: 41 Prozent sehen im jüngsten Gallup-„Corona-Barometer“ einen eher kleinen, 21 Prozent sogar gar keinen Beitrag, der von Brüssel zur Lösung der Krise ausgegangen sei. 31 Prozent geben gar an, die Mitgliedschaft Österreichs negativer als vor der Corona-Krise wahrzunehmen – allen voran die FPÖ-Sympathisanten mit 59 Prozent. Was die Zukunft der Union anbelangt, so sehen 51 Prozent der Befragten die EU geschwächt aus der Corona-Krise hervorgehen.



FFP2-Masken schützen nicht so gut, wie gedacht

FFP2-Masken schützen nicht so gut, wie die schwarz-grüne Koalition vorgibt. Das haben nach diversen Studien und der deutschen Stiftung Warentest nun auch Nachprüfungen der Prüfgesellschaft Dekra ergeben.

Die Masken sollen in erster Linie kleinste Partikel aus der Luft filtern und, laut Herstellern, besonders guten Schutz vor Corona-Aerosolen bieten. Aber genau diese werden jedoch von Millionen der weißen Vlies-Masken durchgelassen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Prüfgesellschaft Dekra, die 27 Hersteller unter die Lupe nahm. 13 Hersteller fielen mit ihren Produkten durch. Die Durchlässigkeit übersteige teilweise „erheblich“ die Normwerte, so die Prüfer.

Experten befürchten, dass Millionen von zertifizierten FFP2-Masken im Umlauf sind, die nicht ausreichend vor Coronaviren schützen. Selbst das deutsche Bundesgesundheitsministerium brachte rund 8,5 Millionen Masken in Umlauf,

die im Test durchfielen. Einer der Gründe für die peinliche Panne ist die europäische Norm „EN 149“.

Denn ursprünglich war die Norm gar nicht gegen Viren ausgelegt. Die Masken waren für den Arbeitsschutz gedacht. Deshalb können selbst bei zugelassenen FFP2-Masken immer noch 20 Prozent der Virenkonzentration aus der Umgebungsluft eingeatmet werden. Also: Die Verbraucher werden getäuscht, weil die Norm eine Sicherheit verspricht, die es oft nicht gibt.



Nur bedingt Covid-tauglich.

Demokratie? Rechtsstaat?

Eine faire demokratische Berichterstattung gibt es zu den „Corona-Demonstrationen“ ganz sicher nicht. Friedliche Spaziergänger wurden von der Polizei grundlos mehr als eine Stunde lang eingekesselt. Darüber wird kein Wort verloren. Alle Brücken über den Donaukanal wurden gesperrt, ebenfalls ohne jeden Grund. Der unfähige Innenminister wünscht sich eben, dass die Angelegenheit eskaliert. Die Polizei war zu dem zum Teil brutalen Vorgehen von oben „motiviert“ worden – und das alles in einem angeblichen „Rechtsstaat“. Bitte fest weiterhetzen gegen die FPÖ, das macht Kickl und Co. nur noch stärker. Die FPÖ-Politiker gehen wenigstens noch unter das Volk und verkriechen sich nicht irgendwo. Traurig aber wahr, dass wir in Österreich nicht einmal mehr eine demokratische, freie Zeitung haben. In diesem diktatorischen Land macht das Leben keinen Spaß mehr. Daher: „Kurz muss weg!“

Ernts Pitlik, Wien

Mediale Gehirnwäsche

Radio am Morgen: Gehen Sie testen! Gehen Sie impfen! Radio im Auto: Gehen Sie testen! Gehen Sie impfen! Im Supermarkt: Gehen Sie impfen! Gehen Sie testen! Und natürlich im Fernsehen, egal welches Programm: Gehen Sie impfen! Gehen Sie testen! In der Tageszeitung ganzseitig: Gehen Sie impfen! Gehen Sie testen! Und überall natürlich wird berichtet, wie toll die Bundesregierung ist, wie toll ihre Maßnahmen sind, was sie nicht alles leisten – und das seit mehr als einem Jahr. Das ist Terror und Gehirnwäsche. Und wie man sieht, wirkt die Angstmacherei bei immer mehr Menschen. Wenn die Regierung es will, lassen sich manche alles einreden und werden denkenden und kritischen Menschen gegenüber aggressiv. Das sind die richtigen Blockwarte, die eine Diktatur braucht. Die zeigen auch ihre eigene Familie an, damit sie dann als „gute Bürger“ dastehen. Die Geschichte wiederholt sich – alleine mit der „Kennzeichnung“ von „Impfverweigerern“ – am Besten gleich mit einem „Verweigererstern“ – und „Kaufen Sie nicht in diesem Geschäft, der Inhaber hat die Regierung kritisiert“. Ich möchte gerne wissen, wie viele Millionen Euro der Steuerzahler für diese

LESER AM WORT



Werbung bezahlt hat, die nichts anderes sind als Parteiwerbung, um an der Macht zu bleiben und nebenbei das Land mit Illegalen zu fluten und Gesetze durchzupeitschen, die nur der Überwachung und der Unterdrückung des Volkes dienen.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Nie wieder – und tun es doch!

Die Regierung stellt sich medienwirksam vor die Kameras und verkündet lauthals: „Nie mehr Nazi-Diktatur!“ In der Nazi-Diktatur und danach auch im realsozialistischen Osteuropa wurden Nachbarn belauscht, vernadert und angezeigt, wenn sie etwa Feind/Westfunk gehört haben, wenn sie nicht der Regierungslinie entsprochen haben. Heute haben wir eine ähnliche Situation. Wenn jemand Gäste eingeladen hat, und es sind mehrere Personen, so gibt es Nachbarn, die prompt Anzeige erstatten. Die Regierung hat ein Vernaderungssystem installiert, in dem Menschen angezeigt und verunglimpft wer-

den. Bekannte waren bei Freunden eingeladen und mussten heimlich ihr Auto verstecken, damit sie nicht angezeigt werden. Andere empfangen gar keine Freunde oder Kinder mehr, wenn diese nicht einen gültigen Impfausweis vorzeigen können. Ich denke, so eine Regierung haben wir seit der Nazizeit nicht mehr gehabt, eine Regierung, die sich nur mit der Spaltung der Gesellschaft im Amt halten kann. Jeder, der eine Auslandsreise tätigt, mehr Freunde oder Familienmitglieder einlädt, als erlaubt, oder ohne Test Friseur oder Pediküre aufsucht, wird angezeigt. Jemand, der auf einer Parkbank mit zu geringem Abstand zum Nachbarn sitzt, wird angezeigt. Schlimmer als Covid-19 ist die Krankheit, Mitmenschen anzuzeigen und zu vernadern. Das Traurige ist, dass dieser „Nazi-Geist“ auch heute noch in unseren Köpfen ist und über unseren Köpfen schwebt. Da helfen Beteuerungen „NIE WIEDER“ nichts – solange diese Regierung die Spaltung der Bevölkerung betreibt, um ihre Vormachtstellung zu zementieren. Armes Österreich.

R.H.K., Wien

In der Politik angekommen

Es darf nicht wundern, dass in allgemein sinkenden Niveaus bis zur kollektiven Verblödung durch digitale Demenz und geistige Wohlstandsverwahrlosung auch die Po-

litiker nicht mehr parlamentstauglich sind. Matura-Niveau ist zu früherem Hauptschulwissen verkommen durch permanente Schulversuche roter Dummheit, wo man Schüler in Klassen mit bis zu 100 Prozent Nichtdeutschsprachigen zu Mehrsprachigkeitsgenies verklärt, um das Versagen schönzureden. Wir sind also in unseren Erwartungen an unsere Politiker – siehe Rendi-Wagner, Blümel oder Anschöber – eindeutig zu streng.

Armin Schütz, Wien



Nur noch Corona-Zahlen

Eintrittstests mit regionalen Teilöffnungsschritten samt FFP2-Maskenpflicht/Abstandsregeln und Impfungen als „Stufenplan“, bevor die Stimmung kippt. Zuversicht und vertrauliche Eigenverantwortung dem Bürger zu vermitteln, ist nicht angesagt. Die Inzidenzwertprognose ist die einzige systemrelevante Zahl, die in Tagesstatistiken dargestellt wird. Staatshaushalt und Wirtschaft, wen interessiert das?

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



100 Tage rote Dekadenz und rosa Selbstaufgabe

Ernüchternde Bilanz der ersten 100 Tage der neuen Stadtregierung

Eine skandalgebeutelte SPÖ, die mit sich selbst beschäftigt ist, und reihenweise Umfaller der Neos prägten das Erscheinungsbild der neuen Stadtregierung. So lautet die „100-Tage-Bilanz“ der FPÖ-Spitzen Dominik Nepp und Maximilian Krauss.

„Bei mehr als 180.000 Arbeitslosen in Wien müssten alle Alarmglocken läuten. Ein Schnitzelgut-schein alleine ist zu wenig. Statt ‚Schnitzel to go‘ wäre nun ‚Ludwig to go‘ angesagt“, forderte Landespartei-Nepp in Richtung des SPÖ-Bürgermeisters.

Geschönte Untätigkeit

Statt Konzepte gegen die größte Wirtschaftskrise der 2. Republik vorzulegen, regiere in der Bundeshauptstadt die Untätigkeit, betonte Nepp: Die Stadtregierung versuche sich lediglich mit Ankündigungs-Pressekonferenzen über



Nepp: Rot-Pink nur eine schlechte Kopie von Schwarz-Grün im Bund.

Wasser zu halten. Als konkretes Beispiel nannte er etwa den Bereich der Unternehmensrettungen, bei denen bisher kein Cent dort angekommen sei, obwohl diese das Geld am dringendsten gebraucht werde. Nepp: „Ludwig und Hacker sind zwei Schmährbrüder, die lediglich ein Tschauner-Duplikat des Regierungsduos Kurz-Anschober abgeben.“

Klubobmann Krauss stellte fest, dass es mit dem Ausscheiden der

Wiener Grünen nicht, wie von vielen Menschen erhofft, zu einem politischen Umdenken gekommen sei: „Die alte rot-grüne Politik wird nicht nur nahtlos unter Rot-Pink fortgesetzt, man kann mittlerweile sogar von einer SPÖ-Alleinregierung sprechen. Die Neos haben für ein paar Posten und wenige inhaltliche Einsprengsel nahezu alle Grundsätze aus Oppositionstagen über Bord geworfen.“

Billiges Ablenkungsmanöver der ÖVP

Die „Samstags-Demo“ glaubten die beiden Wiener ÖVP-Mandatare Markus Wölbitsch und Hannes Taborsky nutzen zu können. Sie warfen der FPÖ vor, Menschen zu unterstützen, die „mit Naziparolen unsere Stadt verwüsten und für brutale Gewalttaten gegen Polizisten sowie Sicherheitsleute in unserer Stadt sorgen“.

„Diese künstliche Empörung ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Gerade das Skandal-Epizentrum ÖVP-Wien – bestehend aus Freunderlwirtschaft, mutmaßlicher Korruption und Hausdurchsuchungen – sollte lieber vor der eigenen Tür kehren“, konterte Wiens FPÖ-Klubobmann Maximilian

Krauss mit Verweis auf die Ermittlungen der Justiz gegen die Wiener ÖVP-Granden Gernot Blümel, Harald Himmer und Karl Mahrer.

Die Strategie der türkisen Truppe, zigtausende besorgte Demonstranten, die gegen die überschießenden Maßnahmen der ÖVP-geführten Koalition demonstrierten, pauschal als rechtsextrem und antisemitisch zu verunglimpfen, werde nur noch mehr Menschen dazu bringen, gegen die Corona-Schikanen von Sebastian Kurz zu protestieren, zeigte sich Krauss überzeugt: „Die ÖVP wird akzeptieren müssen, dass es immer mehr Menschen satt haben, von der Koalition in Geiselhaft gehalten zu werden.“



Krauss: ÖVP versucht, von eigenen Skandalen abzulenken.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Das waren beeindruckende Spaziergänge am letzten Samstag. Tausende hatten sich nicht ins warme Stübchen zurückgezogen, sondern waren hinausgegangen, um den Schwarzen einen Eindruck zu vermitteln, wie's derzeit in den Gemütern der Österreicher aussieht.

Fasse dich, Kurz

Ich weiß nicht, ob Herr Kurz zu diesem Zeitpunkt schon zurück in Wien war. Er hatte sich ja für kurze Zeit zu Herrn Netanjahu begeben, um sich von dem Herrn, der vielleicht demnächst als Häfenbruder bezeichnet werden darf, Ezzes zu holen.

Damit die Leut zu den gesperrten Restaurants und Theatern „Bravo“ rufen.

Obwohl die Theater und die Wirte längst vorgesorgt haben. Aber nein, es muss zugesperrt bleiben. Sagt Anschober. Und nickt Kurz.

Sehr freundlich hat er ja schon vor Monaten genickt, als Hygiene Austria die „Maskenherstellung“ übernommen hat.

Die sogenannten sozialen Medien haben ja nicht immer den besten Ruf. Dass man sich dort aber die Lobeshymne Kurzens für die ihm nahestehende Firma und die dort umgetauften Gesichtsfetzen heute noch anschauen und anhören kann, ist schön.

Übrigens muss man jetzt Redewendungen neu überdenken. „Kurz und gut“ hat's früher geheißen. Jetzt sagt man „Kurz, aber gut.“

VORARLBERG **Es müssen Taten folgen**

Nachdem die Freiheitlichen vehement auf die Öffnungen in den Bereichen Gastronomie, Sport und Kultur für Vorarlberg gedrängt haben, begrüßte Landesobmann Christof Bitschi die jetzt für Mitte März angekündigten Öffnungen. „Entscheidend ist aber, dass den Ankündigungen jetzt auch endlich Taten folgen. Die schwarz-grüne Landesregierung darf am Ende nicht wieder der Mut verlassen, damit es in zwei Wochen nicht zur nächsten großen Enttäuschung für die Betroffenen kommt“, forderte der FPÖ-Landesparteiobmann.

BURGENLAND **Neuer Bezirkschef**

Nachdem der bisherige Bruckneudorfer Bezirksparteiobmann Alexander Petschnig nach seiner Wahl zum Landesparteiobmann diese Funktion zurückgelegt hat, wurde Ende Februar der bisherige FPÖ-Gemeinderat Mario Jaksch aus Bruckneudorf mit mehr als 84 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Bezirksparteiobmann gewählt.



Foto: FPÖ Burgenland

NIEDERÖSTERREICH **Abriegelungs-Irrsinn**

„Die zwanghafte behördlich vollstreckte Abschottung einer ganzen Stadt wie Wiener Neustadt ist durch nichts zu rechtfertigen! Kurz und Anschober sollen damit aufhören, in die Bundesländer hineinzuregieren“, empörte sich Niederösterreichs Landesparteiobmann Udo Landbauer über die Abriegelung der zweitgrößten Stadt des Bundeslandes. Aktuell seien gerade einmal 317 der 50.162 Wiener Neustädter positiv auf das Corona-Virus getestet worden. „Worüber sprechen wir hier überhaupt? Es ist doch offensichtlich, dass ÖVP und Grüne alles daransetzen, um ihre Angst- und Schreckenspolitik mit aller Gewalt weiter voranzutreiben“, kritisierte Landbauer. Für besonders ärgerlich hielt Landbauer das Stillschweigen der Landes-ÖVP, die wider besseres Wissen diesen abstrusen Zwangsmaßnahmen zusehe.

Corona-Wahnsinn: 6.400 Euro Geldstrafe für Fahrt zur Apotheke

Koalition malträtet hilfsbedürftige Bürger mit drakonischen Strafen

Ein Ehepaar aus dem Mostviertel, das dringend Medikamente benötigte, bekam die ganze Absurdität der „Corona-Maßnahmen“ zu spüren.

6.400 Euro Geldstrafe – so lautet das noch nicht rechtskräftige Urteil gegen ein Ehepaar aus dem Mostviertel wegen vorsätzlicher Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten.

Was war passiert? Das Ehepaar war positiv getestet und stand unter Quarantäne. Weil die Frau starke Zahnschmerzen bekommen hat, fuhr das Ehepaar zur Tochter, um Schmerzmittel zu holen – und gerieten in eine Polizeikontrolle.

Absurde Politik

„Die beiden waren offensichtlich in einer Notsituation und haben, abgesehen von ihrer Tochter, niemanden sonst besucht oder getroffen. Während man unbeschol-

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Udo Landbauer kritisierte die „absurden Corona-Schikanen“.

tene und hilfsbedürftige Bürger mit drakonischen Strafen malträtet, werden Terroristen und Gewalttäter, die unter dem Vorwand der ‚Schutzbedürftigkeit‘ ins Land gelassen wurden, mit Samthandschuhen angefasst“, empörte sich

Niederösterreichs FPÖ-Landesobmann Udo Landbauer. Die harte Bestrafung des Ehepaars entspreche dem Ziel der ÖVP, in der „Corona-Krise“ eine Denunziationskultur aufzubauen, wie man sie in kommunistischen Ländern gekannt habe.

TIROL

Wozu braucht es Wahlen?

Verwundert dürfte so mancher Äußerer Landwirt über die jüngsten Ausgabe des „D'r Wetzstua“ gewesen sein. Das offizielle Informationsblatt der Bezirkslandwirtschaftskammer Reutte suggerierte nämlich, dass die Landwirtschaftskammerwahlen bereits geschlagen wären und stellte die bei-

den Bauernbund-Kandidaten Christian Angerer als „wiedergewählten Bezirkskammerobmann“ und Markus Rid als „neugewählten Bezirkskammerobmann-Stellvertreter“ vor. Besonders pikant: Das Blatt trudelte bei manchen Landwirten zusammen mit der Briefwahlkarte für die anstehende Kammer-Wahl ein.

„Die Allmächts-Phantasien des Bauernbundes gehen im schwarzen Tirol nun schon so weit, dass nicht einmal mehr Wahlen abgewartet werden, bevor Kammerfunktionen vergeben werden“, empörte sich der freiheitliche Landwirtschaftssprecher im Tiroler Landtag, Alexander Gamper, über die „unfreiwillige Ehrlichkeit“ der ÖVP-Bauern. Das zeige, dass die ÖVP als Gesamtes in Tirol ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie habe, betonte Gamper. Er verwies darauf, dass es bisher weder vom Bauernbund, noch von der ÖVP eine Entschuldigung für diese „Verhöhnung demokratischer Wahlen“ gegeben habe.

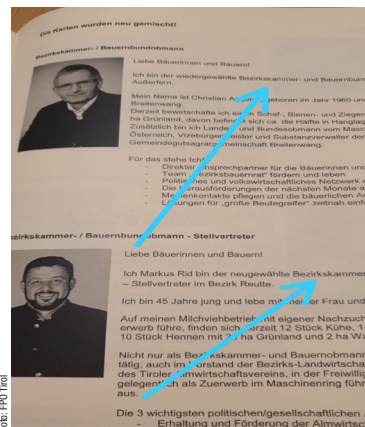


Foto: FPÖ Tirol

Bauernbund verkündet Mandate bereits vor der Wahl.

OBERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Oberösterreich

Vorsorge für Blackout fördern

„Besser jetzt vorsorgen, als später handlungsunfähig mitten in der Katastrophe zu stehen“, erläuterte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr einen Resolutionsantrag des Landes an die Bundesregierung. In diesem wird eine bessere finanzielle Unterstützung der Gemeinden zur „Blackout-Vorsorge“ gefordert. Etwa für Projekte, die vom Kommunalinvestitionsgesetz umfasst sind und als förderbare Investitionen gelten. Damit könnten etwa Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung getroffen werden, die im Falle eines Stromausfalles von immenser Bedeutung seien.

SALZBURG



Freiheitliche fordern Öffnung der Sportanlagen, aber ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos sind noch immer dagegen.

Sportöffnung ist nur mit den Freiheitlichen möglich

ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos stimmen im Landtag gegen den Sport

Entweder leiden die Parteien unter einer multiplen Persönlichkeitsstörung, oder sie lügen den Salzburgern unver-schämt direkt ins Gesicht.

Quer über alle Parteigrenzen hinweg war man sich in der Ausschusssitzung des Salzburger Landtages einig, dass gerade im Dauer-„Lockdown“ die Öffnung der Sportanlagen und Fitness-Studios notwendig wäre. Damit könnte man die Bevölkerung auch in Covid-Zeiten motivieren, möglichst viel Bewegung an der frischen Luft zu machen. „Verwun-

derlich, dass jedoch keine Partei unserem dahingehenden Antrag zur sofortigen Öffnung der Sportplätze und Fitness-Studios gefolgt ist“, kritisierte die freiheitliche Klubobfrau Marlene Svazek: „Entweder leiden ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos unter einer multiplen Persönlichkeitsstörung, oder sie sind einfach nur unaufrichtig.“

Genug der Vertröstungspolitik

Svazek führte aus, dass die Parteien die Salzburger am Schmach halten, weil sie wissentlich und willentlich Öffnungsschritte verhindern: „Die Freiheitlichen sind

die einzige Partei, die nicht dem Corona-Wahnsinn verfallen ist und ergebnisorientiert bereits beginnt, das Leben nach Corona zu ordnen.“

Die Bürger würden den immer abstruseren Ausreden der Politiker kein Gehör mehr schenken, weil man sie für blöd verkaufe, betonte Svazek: „Es ist höchst an der Zeit, die Sportplätze für jedermann zu öffnen. Die ewige Vertröstungspolitik muss ein Ende haben. Der auch für die sozialen Kontakte notwendigen Vereinssport, die Sportanlagen und die Fitness-Studios tragen einen wesentlichen Teil zur Erhaltung der Volksgesundheit bei.“

Kontrolleure der Kammer

Im Rahmen der letztwöchigen Vollversammlung der steirischen Landwirtschaftskammer wurden die freiheitlichen Kammerräte Albert Royer und Wilfried Etschmeyer angelobt.

Der aus dem Bezirk Liezen stammende Milchbauer Albert Royer ist Landtagsabgeordneter und freiheitlicher Agrarsprecher. Etschmeyer war bereits in den letzten fünf Jahren Bezirkskammerrat in Leoben und ist nun auf Landesebene tätig. Der Land- und Forstwirt stammt aus Kammern im Liesingtal und fungiert

auch als Bundesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft.

Die beiden FPÖ-Bauern wollen ein Gegengewicht zum nahezu allmächtigen ÖVP-Bauernbund sein und als Kontrollkraft den schwarzen Vertretern genau auf die Finger schauen: „Wichtigstes Ziel der Landwirtschaftskammer muss sein, den dramatischen Folgen der Corona-Krise für die steirische Bauernschaft zu begegnen. Denn infolge des ‚Lockdown‘ für die Gastronomie sind viele Bauern als Zulieferer finanziell massiv in Bedrängnis geraten.“

STEIERMARK



Etschmeyer (l.) und Royer: Echte Interessenvertreter der Bauern.



LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek

FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Aufbruchstimmung, Quotenregelung und bessere Bedingungen für diejenigen, die es sich ohnehin seit Jahrzehnten selbst schon richten. Der feministische Unterbau der aktuellen Bundesregierung klang zu Beginn jedenfalls fast angsteinflößend. Bedenkt man, dass die vorausseilende Agenda ja von authentischen Menschen getragen werden hätte sollen, wäre ein Frauenanteil von 53 Prozent als Offenbarung der Gerechtigkeit zu verstehen gewesen. Gut, und jetzt?

Wählt-Frauen-Tag

Naja, die Amtszeit der Staatssekretärin für Kultur, Ulrike Lunacek, hielt gerade einmal 128 Tage, ehe sie aufgrund von Überforderung zurücktreten musste. Keine 365 Tage blieb die ehemalige Arbeitsministerin Christine Aschbacher im Amt. Unwissenschaftliches Verhalten zwang sie nämlich dazu, ihr Amt recht früh niederzulegen. Als vorläufiger Ersatz für die karenzierte Justizministerin Alma Zadić sprang der grüne „Mann für alle Fälle“, Werner Kogler, ein, der Österreich in diesen schweren Zeiten nun vermitteln will, dass man als Vizekanzler dieses Ministerium so nebenbei schaukelt. Oder auch nicht.

Ob dieses Land – dank der geschlechtlichen Ausgewogenheit – in den Ministerien gerechter geworden ist, wage ich jetzt zu bezweifeln. Denkt man an die „Maßnahmenverordnungen“, die Bevormundung durch den Staat, das Ende der Erwerbsfreiheit, die Zerstörung von Existenz, Hab und Gut oder die Verhinderung von Sport und Bewegung – gut, das liegt vermutlich nicht an den vielen Frauen in den Ministerien, sondern an den wenigen Männern, die noch immer im Amt sind.

GEZWITSCHER



Gerhard Zahler-Treiber

@G_ZahlerTreiber



Herbert #Kickl versucht sich als Adolf Hitler und Joseph Goebbels in Personalunion. Wehret den Anfängen!
#w0603 #Prater

8. März 2021 09:45

Der „Öffentlichkeits- und PR-Mitarbeiter“ der Arbeiterkammer Niederösterreich und die „Gedenkkultur“ der Sozialdemokraten.

Ich Du Wir – gemeinsam frei

@michaelische



Der Hawara sah gewaltbereite Neonazis & Faschisten durch sein sonderbares Hirn ziehen. Ich sah tausende friedliche Menschen, darunter hunderte Juden(!) mit ihrer Flagge. Die völlige Zerstörung jeder faktenbasierter Berichterstattung ist hier erreicht. #w0603

7. März 2021 23:08

Reaktion eines Demonstrations- teilnehmers auf einen linken „Die Nazis sind los“-Twitteranten.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

8. März 2021

Ich würde mir wünschen, dass Türkis-Grün gegen Terroristen und radikale Islamisten dieselbe Entschlossenheit an den Tag legen würde. Stattdessen werden unbescholtene Bürger wie Gewaltverbrecher behandelt...



Friedlichen Protest verzweifelter Menschen nicht kriminalisieren

2.985 Personen gefällt das.

Für Kurz sind die Regierungskritiker nur bössartige Karrieregefährden.

Journalisten verglichen „privat“ Demonstranten mit Ratten

FPÖ-Mediensprecher fordert Konsequenzen nach skandlösen „Tweets“

An die Journalisten müssten die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie für den Verfasser des „Rattengedichts“ vor einem Jahr.

Vor gut einem Jahr kochte der Skandal um das sogenannte „Rattengedicht“ eines Braunauer FPÖ-Kommunalpolitikers im kollektiven journalistischen Empörung hoch. Diesmal waren es zwei Journalisten, die auf ihren „privaten“ Twitter-Accounts sogar weitergingen als der Verfasser der missglückten Fabel damals.

Zweierlei Maß der „Guten“

Der ORF-Journalist Hanno Settele sprach in einer Meldung auf dem Kurznachrichtendienst Twitter davon, dass „er zu keinem Arzt/Ärztin gehen möchte den/die er am Ring gesehen hätte, oder der auf ‚Kicks



Hafenecker fordert Konsequenzen für „Ratten-Vergleich“.

Rattenfängerwiese“ gepilgert“ sei.

Auf ähnlichem Niveau agitierte die „Oe24“-Journalistin Isabelle Daniel: „Dass da Rattenfänger agitieren, um Ängste und Verunsicherungen auszunützen, ist mir klar.“ In ihrem Kommentar verknappte sie diesen Satz zu „Neonazis, Rattenfänger und die dritte Welle“.

„Jetzt bedienen sich diese beiden Journalisten selbst einer Sprache, die völlig herabwürdigend ist.

Ich vermisste den Aufschrei des linken Professors Friedrich Hausjell, der sich damals genauso wichtig gemacht hat wie die Twitter-Obermoralistin Natascha Strobl oder Bundespräsident Van der Bellen“, kritisierte FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker das „Messen mit zweierlei Maß“. Er erwarte sich eine sofortige Entschuldigung der beiden Journalisten für diese Entgleisung.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Auf den „Hören-Sagen-Journalismus“ greifen jetzt auch die „Salzburger Nachrichten“ zurück, schließlich muss man ja Vorbild in Sachen „Corona-Maßnahmen“ sein und meidet daher an Wochenenden den öffentlichen Raum. Die „Beobachtung“ eines grünen Bezirkspolitikers reicht aus, um die

Demonstranten vom Samstag pauschal als „rechtsextreme Gruppen“ zu diffamieren, die unter Anleitung Herbert Kickls quasi als Nazi-Mob durch die jüdischen Viertel zogen. Hätte der Mann recherchiert, hätte er bemerkt, dass die Polizei diese Route mit Straßensperren vorgeben hat. Aber vom stillen Quarantänekämmerchen aus geht das halt nicht.

Ähnlich deftig teilen die „Oberösterreichischen



Nachrichten“ aus, die Herbert Kickl und die FPÖ als „Stoßtrupp der Corona-Demos“ ausmachten. Und die Menschen sind für das Blatt nur nützliche Idioten, die sich als Staffage für Neonazis und Identitäre missbrauchen lassen. Summa summarum ist die FPÖ weiterhin nicht „regierungsfähig“, macht sie doch schon wieder gemeinsame Sache mit dem gemeinen Volk.

Der Regierungsfunk machte bei seiner Aufarbeitung der Samstagsdemonstration seinem Namen volle Ehre. Laut der „ZiB1“ vom Montag haben die Bilder „viele aufgeschreckt“ - vor allem wohl die Herren und Damen in der Quarantäne-Burg am Küniglberg.

Von „Ausschreitungen“ war die Rede und von „mitmarschierenden, grölenden Rechtsextremen“, angeführt natürlich von diesem Herbert Kickl.

Ich vermisste nur in der gesamten ORF-Berichterstattung dazu Video- oder Tonaufnahmen dieser „grölenden Rechtsextremen“. Aber Fakten tun ja nichts zur guten Sache. Stimmt's, ORF?



GISBÄRS TV-NOTIZ

Und wieder haben sich „besorgte Bürger“ von diesen Herrschaften manipulieren lassen, jammert die Berichterstatteerin und fügt erklärend die Quelle zu dieser Erkenntnis hinzu: „wie man im Österreichischen Dokumentationsarchiv weiß“. „Militante Neonazis, gewalttätige neonazistische Fußball-

fans, sogenannte Hooligans, die Staatsverweigerer, Verführer aus dem Esoterikbereich und Anhänger der neuen germanischen Medizin, die ganzen Verschwörungstheoretiker und das diffundiert dann aus in die politische extreme Rechte bzw. der FPÖ“, erläutert der „Experte“ der schockierten ORF-Dame.

Die Bestätigung der These lieferte in der „ZiB2“ die hauseigene Expertin zur Psychologie der Corona-Demonstranten nach. Ja, sie sieht hier auch eine gefährliche Folge der „neuen Normalität“: Plötzlich ist nämlich die FPÖ in Sachen Grund- und Freiheitsrechte der politische Vorreiter. Das tut der Linken natürlich bitter weh.

Es is a Hetz und kost ned vü!

Unsere Bezirksmuseen sind wahre Schätze

Sie führen eine Art Schattenda-sein. Viele Wiener wissen gar nicht, dass es sie gibt. Dabei sind sie wie kaum ein anderes Museum nahe am Wohnort und ergiebig: die Wiener Bezirksmuseen.

Es lohnt, einmal in nächster Zeit sein nächstes oder auch ein anderes dieser Kleinode zu besuchen. Ich als Landstraßer Kind habe es vor kurzem getan. Das Bezirksmuseum für den 3. Bezirk ist – so sagen es Eingeweihte – in der Dreilitergasse zu finden, amtlicher Name: Sechskrügelgasse, Nummer 11, ganz vorn bei der Ungargasse.

Es sind nur wenige Räume für unglaublich viel Stoff. Die Landstraße dürfte an kultureller Vergangenheit sogar die Innere Stadt übertreffen, man stößt auf Schritt und Tritt auf nostalgisch Beachtliches.

Wo soll man anfangen?

Drunt in Erdberg

Tun wir's beim Wappen. Die einzelnen Vorstädte Wiens hatten diverse Siegelbilder, die später zu den Wappen der Bezirke wurden. Jenes des 3. Bezirks zeigt links die Gestalt des heiligen Nikolaus mit einem Buch, auf dem drei golde-

ne Kugeln liegen, mit denen er der Legende nach drei brave Töchter eines armen Mannes beschenkte. Die seinerzeitige Vorstadt „Landstraße“ hieß nämlich einst „Nikolausvorstadt“. Rechts sind zwei Erdbeeren zu sehen, die den Bezirksteil Erdberg symbolisieren sollen, unten gibt's zwei silberne Böcke, die die Vorstadt der „Weißgerber“ vertreten.

Apropos Böcke. Etwa dort, wo seinerzeit das Hetz-Theater gestanden ist, befindet sich jetzt die Hetzgasse. Das Haus war ein Rundbau aus dem Jahr 1770, in dem Auerochsen, Wildschweine, Bären, Hirsche, Stiere, Luchse, Löwen und Wölfe aufeinander gehetzt wurden, zum Gaudium des Publikums.

1755 hatte der Franzose Carl De-fraine ein Privileg für Tierhetzen erlangt. Er errichtete am Glacis eine kreisrunde dachlose Arena, unten waren die Zwingen, oben in drei Etagen die Logenplätze für die Gäste, in der Mitte stand ein sogenannter Steigbaum, auf den sich die Hetzmeister und Hetzknechte retten konnten, wenn ihnen die Tiere zu nahe kamen.



Foto: NFZ

Eine Redensart

Vorstellungen gab es für 3.000 Personen zwischen März und November an Sonn- und Feiertagen, und sie waren stets ausverkauft. Die Erlöse der grausamen Darbietungen kamen der Armenkasse zugute. 1786 brannte das gesamte Gebäude ab und wurde nicht wiederaufgebaut, da Franz II. die Tierhetze verbot. Später, 1847, wurde an der Stelle das neue Hauptzollamtsgebäude errichtet, 1902 die k.k. Post- und Telegraphendirektion.

Bis heute ist ein Ausspruch der schaulustigen Wiener erhalten geblieben: „Des is a Hetz!“

Und wie ich sehe, muss dieser Bericht über das Bezirksmuseum Landstraße unterbrochen und nächste Woche fortgesetzt werden, ich würde mit den bisherigen Angaben diesem Wiener Gemeindebezirk allzu wenig verdiente Aufmerksamkeit schenken.

Da komme ich dann auch näher zum Sinn der heutigen Überschrift.

Herbert Pirker

www.fpoe.at

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

**NEIN zum türkis-grünen Impfwang:
Jetzt unterschreiben:
www.impfwang.at**

- Kein direkter oder indirekter Corona-Impfwang
- Aufnahme der Corona-Impfung in das Impfschadengesetz
- Keine Sanktionen für Menschen, die sich nicht impfen lassen
- Volle Aufklärung über Risiken und Nebenwirkung der Impfung

Jeder Mensch hat das Grundrecht auf die körperliche Unversehrtheit. Die Corona-Impfstoffe wurden im Eilverfahren zugelassen. Es gibt daher keine Langzeitstudien über Nebenwirkungen. Wer sich nicht impfen lässt, dem drohen Kürzungen von Sozialleistungen, wesentliche Einschränkungen der Reisefreiheit und Zutrittsverbote bei Sport- und Kulturveranstaltungen.

Herbert Kickl
FPO-Klubobmann

KURZ - MUSS - WEG

Lotto Bonus-Ziehung am Freitag, den 12. März

Die Freitagsziehung von Lotto „6 aus 45“ bringt wieder 300.000 Euro extra
Karl Ploberger moderiert den „Lotto Frühling“ ein

Er ist in den schönsten Gärten Österreichs unterwegs, blickt mit den Hobbygärtnern des Landes in bekannte und versteckte Naturparadiese weltweit und hat immer eine Antwort wenn's ums Garteln geht. Am Freitagabend wird sich zeigen, welche Zahlen wir dank seines grünen Daumens aus dem Ziehungsstrichter ernten. Sein Auftritt als Glückssengerl hat jedenfalls einen guten Grund: Es steht wieder eine Bonus-Ziehung bei Lotto 6 aus 45 am Programm und damit geht es auch wieder um 300.000 Euro extra. Die Quittungsnummer des Gewinnscheins dieser Zusatzausspielung wird gleich im Anschluss an die Bonus-Ziehung ermittelt.



Foto: ORF / Günther Pichler

Die Regeln der Bonus-Ziehung sind weiterhin unverändert: Als komplette Spielrunde gliedert sie sich in den Ziehungsrhythmus ein, es erfolgen gleichzeitig auch die Ziehungen von LottoPlus und Joker. Auch eventuelle Jackpots werden in die Runde mitgenommen. Annahmeschluss für die Bonus-Ziehung ist am Freitag, den 12. März 2021 um 18.30 Uhr, die Ziehung ist um 18.47 Uhr live in ORF 2 zu sehen. Also: „Viel Spaß beim Garteln!“ nach der Lotto Bonus-Ziehung und mit möglicherweise 300.000 Euro mehr auf dem Konto.

Märchenhafte Gewinne

Mit dem Rubbellos „Goldesel“ bis zu 20.000 Euro gewinnen



Dass Esel etwas mit Gold zu tun haben und ihre Besitzer reich machen können, wissen alle Leser der Märchen der Gebrüder Grimm. Bei Rubbellos ist der sprichwörtliche „Goldesel“ jetzt Namensgeber, Bildmotiv und Glücksbringer des neuen Loses und kann seinen Besitzer um bis zu 20.000 Euro reicher machen. Außerdem spuckt er noch weitere Gewinne in Höhe von 2 bis 1.000 Euro aus.

Rubbelt man auf dem Los dreimal den gleichen Geldbetrag auf, hat man diesen einmal gewonnen. Das Rubbellos „Goldesel“ ist zum Preis von 2 Euro in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich.



NORBERT HOFER
FPÖ-BUNDESPARTEIOBMANN



GENUG IST GENUG

WIR BRAUCHEN EINE NEUE BUNDESREGIERUNG

**KORRUPTIONSVORWÜRFE +++ VERFASSUNGSWIDRIGE
DEMONSTRATIONSVERBOTE +++ VERSAGEN VOR DEM
TERRORANSCHLAG VON WIEN +++ LOCKDOWN-
WAHNSINN +++ MASSENARBEITSLOSIGKEIT
+++ REKORDDEFIZIT +++ SCHULCHAOS
+++ EINSCHRÄNKUNG DER FREIHEIT +++
DEMOKRATIEABBAU +++ SENIOREN ISOLIERT
+++ IMPFCHAOS +++ VERSCHOBENE
OPERATIONEN +++ PENSIONEN IN GEFAHR
+++ TESTZWANG ...**

FPOE.AT

Steuern und Sozialversicherung 2021

Ein Wegweiser

Der Verfasser dieses aktualisierten Leitfadens, MMag. DDr. Hubert Fuchs, ist freiheitlicher Finanz- und Budgetsprecher im Nationalrat. Er gilt als ausgewiesener Steuerexperte und war als Finanzstaatssekretär in der ÖVP-FPÖ-Koalition von 2017 bis 2019 für die Erarbeitung der geplanten Steuerreform zuständig.

Im ersten Teil des Buches werden unter anderem Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer- sowie Umsatzsteuergesetz, Fristen im Steuerrecht, Finanzamtszinsen, Buchführungspflicht, Schenkungsmeldegesetz, Grunderwerbsteuergesetz und internationales Steuerrecht behandelt; abgabenrechtliche Sonderregelungen auf Grund der COVID-19-Krisensituation werden ebenfalls berücksichtigt. Im zweiten Teil geht es um die Sozialversicherung für Unselbstständige und Selbstständige sowie um arbeitsrechtliche Informationen, Lohnnebenkosten und das Kinderbetreuungsgeld.

Der Leitfaden soll eine erste Orientierung im Dschungel der Steuergesetze ermöglichen. Eine fachkundige Beratung soll dadurch keinesfalls ersetzt werden.

GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Per E-Mail: verena.mutzatko@fpoe.at

www.fbi-politikschule.at/publikationen/buecher-und-broschueren

Informationen zu Buchbestellungen und Datenschutz finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz

